

**Antrag GS-22**  
**SPD-Unterbezirk Hildesheim****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten und auf Leistungen aus Direktversicherungen umgehend beenden**

1 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD Bundes-  
2 tagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Doppel-  
3 verbeitragung auf Betriebsrenten und auf Leistun-  
4 gen aus einer Direktversicherung noch in dieser Le-  
5 gislaturperiode abzuschaffen.

6 Laut Mitteilung der Bundesregierung von dieser Wo-  
7 che, habe Bundeskanzlerin A. Merkel die bestehen-  
8 den parlamentarischen Ansätze zur Lösung dieses  
9 Problems verworfen und auch den Vorschlägen aus  
10 dem Gesundheitsministerium eine Absage erteilt.  
11 Eine solche Politik ist nicht akzeptabel und muss  
12 dringend korrigiert werden.

13

**14 Begründung**

15 Seit Jahren protestieren Gewerkschaften, Sozial-  
16 verbände und betriebliche und tarifliche Altersvor-  
17 sorgeeinrichtungen gegen die seit 2004 bestehen-  
18 den Doppelverbeitragung. Gut 5,5 Mio. Rentnerin-  
19 nen und Rentner sind davon betroffen. Sie müs-  
20 sen gut 1/7 ihrer Betriebsrentenbezüge an die GKV\*  
21 überweisen. Bei der einmaligen Ausschüttung einer  
22 Kapitalversicherung geht gut 1/5 der angesparten  
23 Kapitalsumme an die zuständige Krankenversiche-  
24 rung.

25 Sinn und Zweck dieser Zusatzrenten als 2. und 3. Sä-  
26 ule der Altersvorsorge ist es u.a., die finanziellen Ein-  
27 bußen der Rentenentwicklung nach einem langen  
28 Erwerbsleben zu mildern. Die Doppelverbeitragung  
29 konterkariert zudem die Bemühungen der Politik,  
30 die betriebliche Altersvorsorge zu stärken und ist zu-  
31 gleich im Niedrigrentenbereich ein Beitrag gegen Al-  
32 tersarmut.

33 Außerdem stellt die Doppelverbeitragung eine wei-  
34 tere Ungleichbehandlung gegenüber Privatversi-  
35 cherten dar, die für Renten aus Direktversicherung  
36 und Pensionskasse einschl. der sog. Riester-Rente  
37 keine Beiträge an die PKV\* entrichten müssen

38